

URGENT ACTION

DROHENDE HINRICHTUNGEN

IRAN

UA-Nr: UA-028/2024-2 AI-Index: MDE 13/1032/2026 Datum: 21. Mai 2026 – ar

MINDESTENS 78 MENSCHEN

Seit den rechtswidrigen Angriffen der USA und Israels am 28. Februar 2026 haben die Behörden der Islamischen Republik Iran mindestens 36 Personen willkürlich hinrichten lassen. Diese waren zuvor wegen politisch motivierter Vorwürfe in unfairen Verfahren zum Tode verurteilt worden. Mindestens 78 Personen befinden sich derzeit im Todestrakt und sind in Gefahr, hingerichtet zu werden. Hierzu zählen Menschen, die an Demonstrationen teilgenommen haben, eine abweichende politische Meinung vertreten oder (tatsächliche oder vermeintliche) Verbindungen zu verbotenen Oppositionsgruppen haben. 41 von ihnen waren im Zusammenhang mit den Protesten vom Januar 2026 festgenommen worden. Mindestens fünf waren zum Zeitpunkt der mutmaßlichen Straftat noch minderjährig. Die Sorge um diese Menschen ist besonders akut, da die iranischen Behörden gezielt auf die Todesstrafe zurückgreifen, um abweichende Meinungen zu unterdrücken. Zudem fordern hochrangige Regierungsangehörige beschleunigte Verfahren und „harte“ Strafen für die seit Beginn der Angriffe festgenommenen Personen.

In Iran sind mindestens 78 Personen wegen politisch motivierter Anklagen zum Tode verurteilt worden und in großer Gefahr, hingerichtet zu werden. Immer mehr Menschen, die protestiert haben oder abweichende politische Meinungen vertreten, werden willkürlich exekutiert. Regierungsangehörige fordern beschleunigte Verfahren und „härteste Strafen“ gegen jene, die seit den rechtswidrigen Angriffen der USA und Israels festgenommen wurden. Die 78 Personen wurden in grob unfairen Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt, die teils vor Revolutionsgerichten stattfanden. Grundlage waren übermäßig weit gefasste und vage definierte Anklagen wie „Feindschaft zu Gott“ (moharebeh), „Verdorbenheit auf Erden“ (ifsad fil-arz) und „bewaffnete Rebellion gegen den Staat“ (baghi).

Von den zum Tode Verurteilten wurden mindestens 41 Menschen in Verbindung mit den Protesten vom Januar 2026 festgenommen, und sieben Personen im Zusammenhang mit den Protesten unter dem Motto „Frau, Leben, Freiheit“ im Jahr 2022. Weitere 22 Personen wurden wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Zugehörigkeit zu verbotenen Oppositionsgruppen zum Tode verurteilt. Sieben Menschen wurde entweder Spionage für Israel oder andere Straftaten in Verbindung mit der nationalen Sicherheit vorgeworfen. Mindestens fünf der 78 Personen waren zum Zeitpunkt der ihnen vorgeworfenen Straftaten jünger als 18 Jahre. Ihre Todesurteile verstoßen gegen das Völkerrecht, da dieses die Anwendung der Todesstrafe strikt verbietet, wenn die Angeklagten minderjährig sind. Die seit dem 28. Februar 2026 verhängte Internetsperre hat den Zugang zu Informationen über Menschenrechtsverletzungen in Iran stark eingeschränkt. Zudem herrscht im Land ein Klima der Angst. Deswegen ist die Zahl derjenigen, die von der Hinrichtung bedroht sind, wahrscheinlich noch höher als bislang angenommen.

Seit dem 28. Februar haben die iranischen Behörden mindestens 36 Personen wegen politisch motivierter Anklagen willkürlich hinrichten lassen. Darunter befinden sich 14 Personen, die im Zusammenhang mit den landesweiten Protesten vom Januar 2026 festgenommen worden waren. Die Todesstrafe wird in diesem Kontext weiterhin als Mittel der politischen Unterdrückung angewendet, um die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen.

Amnesty International hat wiederholt dokumentiert, wie in Iran das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren verletzt wird. So werden Betroffene häufig zu einem „Geständnis“ gezwungen, indem sie gefoltert und anderweitig misshandelt werden; dieses „Geständnis“ wird dann öffentlich ausgestrahlt. Damit wird ihr Recht auf die Unschuldsvermutung untergraben. Ihnen wird außerdem das Recht auf ein Verfahren vor einem unabhängigen, zuständigen und unparteiischen Gericht abgesprochen. Sie können ihr Recht auf angemessene Verteidigung und Zugang zu einem Rechtsbeistand nicht wahrnehmen. Auch haben sie in der Regel keine Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung anzufechten.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

Spendenkonto SozialBank AG . IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00

BIC: BFSWDE33XXX .

AMNESTY
INTERNATIONAL



HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Seit dem 28. Februar 2026 haben die Behörden der Islamischen Republik Iran Tausende Menschen festgenommen, darunter Protestierende, Andersdenkende, Journalist*innen, Rechtsbeistände, Menschenrechtsverteidiger*innen und Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten. Gemäß einem in Iran üblichen Muster werfen die Behörden den Betroffenen vor, „Verräter“ zu sein oder „mit dem Feind zusammenzuarbeiten“. Hochrangige Regierungsangehörige – darunter die Oberste Justizautorität Gholamhossein Mohseni Eje'i – haben dazu aufgerufen, diese Menschen beschleunigt vor Gericht zu stellen und die Urteile rasch zu vollstrecken, u. a. auch Hinrichtungen. Am 30. April 2026 äußerte sich Gholamhossein Mohseni Eje'i in regierungsnahen Medien. In seinen Stellungnahmen wies er die weltweite Forderung nach einem Hinrichtungsstopp zurück.

Seit den Protesten unter dem Motto „Frau, Leben, Freiheit“ von 2022 wenden die iranischen Behörden die Todesstrafe zunehmend als Mittel der politischen Unterdrückung an, um die Bevölkerung einzuschüchtern. Tausende sind seither willkürlich exekutiert worden, nachdem sie in grob unfairen Gerichtsverfahren wegen verschiedenster Straftaten schuldig gesprochen wurden, u. a. im Zusammenhang mit Drogendelikten. Im Jahr 2025 dokumentierte Amnesty International in Iran 2.159 Hinrichtungen. Seit dem 28. Februar 2026 wurden auch Personen hingerichtet, die wegen Mordes oder Drogendelikten zum Tode verurteilt worden waren.

Amnesty International wendet sich in allen Fällen, weltweit und ausnahmslos gegen die Todesstrafe, da sie das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschriebene Recht auf Leben verletzt und die grausamste, unmenschlichste und erniedrigendste aller Strafen darstellt.

SCHREIBEN SIE BITTE E-MAILS ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Hiermit bitte ich Sie eindringlich, alle geplanten Hinrichtungen zu stoppen und alle Todesurteile umzuwandeln. Erlassen Sie unverzüglich ein Hinrichtungsmoratorium als ersten Schritt hin zur vollständigen Abschaffung der Todesstrafe. Ergreifen Sie bis dahin Maßnahmen, um die nationale Gesetzgebung mit dem Völkerrecht und internationalen Standards in Einklang zu bringen. Unter anderem sollte die Todesstrafe für vage formulierte Straftatbestände abgeschafft werden, und kein Straftatbestand sollte ein obligatorisches Todesurteil nach sich ziehen.
- Gewähren Sie außerdem internationalen Beobachter*innen den Zugang zu den Hafteinrichtungen. Hierzu zählen beispielsweise die Mandatsträger*innen der UN-Sonderverfahren und der Internationalen Untersuchungskommission zur Lage im Iran.

APPELLE AN

OBERSTE JUSTIZAUTORITÄT

Gholamhossein Mohseni Ejei
c/o Embassy of Iran to the European Union
Avenue Franklin Roosevelt No. 15
1050 Brüssel
BELGIEN

(Anrede: Dear Mr Gholamhossein Mohseni Ejei /
Sehr geehrter Herr Ejei)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DES ISLAMISCHEN REPUBLIK IRAN

S. E. Herrn Majid Nili Ahmadabadi
Podbielskiallee 67
14195 Berlin
Fax: 030 843 53 133
E-Mail: info@iranbotschaft.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Persisch, Englisch oder auf Deutsch. Wir bitten Sie, nach dem **31. Dezember 2026** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu UA-028/2024 (MDE 13/7895/2024, 4. April 2024 und MDE 13/0277/2025, 10. September 2025)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I call on you to immediately halt all planned executions, quash all death sentences and establish an official moratorium on all executions with a view to fully abolishing the death penalty. Pending this, take steps to bring national legislation in line with international law and standards, including by removing the death penalty for vaguely worded offences, and repealing mandatory death sentences.
- I also urge you to allow international monitors, including UN Special Procedures and the International Fact-Finding Mission on Iran, access to detention facilities.

AMNESTY
INTERNATIONAL



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG (AUF ENGLISCH)

According to information available to Amnesty International, including from primary sources, human rights defenders, journalists based outside of Iran and others with access to information in Iran, at least 78 people are under sentence of death and at grave risk of execution on politically-motivated charges. They include 41 people arrested in connection to the January 2026 protests: **Abdolreza Fathi, Abolfazl Hashemian, Abdolfazl Karimi, Abolfazl Salehi Siavashani, Ali Pishevarzadeh, Amir Mohammad Zare, Behrouz Zamaninejad, Bita Hemmati, Daniel Harouni, Davoud Aminzadeh, Ehsan Hosseinipour Hessarlou, Erfan Amiri, Hamidreza Fathi, Hamidreza Sabet-Ray, Hossein Ghaleh Beigi, Javad Talebpour, Kourosh Zamaninejad, Majid Nasiri, Mansour Jafari, Maryam Hodavand, Masih Abbaskhani Davanlou, Matin Mohammadi, Mehdi Eskanadari, Mobin Soltani, Mohammadreza Majidi-Asl, Mohamadreza Tabari, Mohammad Abdollahpour, Mohammad (Babak) Naghizadeh, Moslem Heidari, Navid Shirani, Pejman Haghighian, Ramezan Asadi, Reza Hassanlou, Reza Moazeni, Saeed Zarei Kordshouli, Shahab Dadkhah, Shahab Zohdi, Shahin Soleimani, Yaser Mokhtari and Yaser Rajaifa** and another person whose name is not known.

Among those under sentence of death are seven people arrested in connection to the 2022 Woman Life Freedom uprising, namely: **Armin Nourmohammadi, Farshid Hassanzehi, Fazel Bahramian, Mohammad Faraji, Mohammad Darvish Narouie, Mohsen Eslamkhah and Raouf Sheikh Maroufi**; and one person in connection to the November 2019 nationwide protests: **Mohammad Javad Vafaei Sani**.

Others at risk of execution include 22 people for real or perceived affiliations with banned opposition groups: **Abdolghani Shahbakhsh, Abdolrahim Ghanbarzahi Gorgij (Rahim Mirbaloch), Alireza Mardasi (Hamidavi), Eido Shahbakhsh, Ehsan Faridi, Farhad Baranzehi, Farshad Etemadifar, Turkish national Hatem Özdemir, Hossein Shahouzehi, Issa Eid Mohammadi, Karim Khojasteh, Manouchehr Fallah, Mansour Jamali, Massoud Jamei (Bavi), Nasimeh Eslamzahi, Omran Aghal, Peyman (Amin) Farahavar, Reza Abdali, Soleiman Shahbakhsh, Zahra Shahbaz Tabari, Yousef Ahmadi, Younes Bakhshi**; and seven others convicted in politically-motivated cases, including spying for Israel, namely: **Adham Naroui, Ahmadreza Djalali, Afshin Ghorbani Meishani, Ali Obeidavi, Gholamreza Khani Shekarab, Malek Davarshenas (Mousavi) and Pakhshan Azizi**. Of the individuals under sentence of death in the aforementioned list, at least five were children under the age of 18 at the time of the offence, namely: **Matin Mohammadi, Erfan Amiri, Mohsen Eslamkhah and Soleiman Shahbakhsh, and Mansour Jafari**.

A further 12 individuals are at risk of being re-sentenced to death after their convictions and death sentences were overturned and cases sent back to lower courts for re-examination, including **Abbas Derris, Ali (Souran) Ghassemi, Alireza Kafeai, Amir Mohammad Khoush Eghbal, Mehdi Imani, Milad Armoun, Mohammad Mehdi Hosseini, Kaveh Salehi, Pezhman Soltani, Rezgar Beigzadeh Babamiri and Teyfour Salimi Babamiri** – all in protest-related cases; and **Verisheh Moradi**, on allegations of affiliation with Kurdish opposition groups.

According to information available to Amnesty International, at least another 23 individuals, who were arrested in connection to the January 2026 protests, have either been threatened with capital offences during interrogations, accused, indicted, undergoing trials or are awaiting verdicts on capital offences. They include **Aban (Zeinab) Mousavi, Ahmad Khaksar Taraghi, Ali Azad, Ali Babri, Amirhossein Azarpira, Amir Mohammad Mojalal Choobari, Arman Marefati, Arashia Gheysar-Beigi, Artin Salari, Ashkan Maleki, Borna Naimi, Danial Niazi, Farzad Moradi, Hamed Mollahosseini, Hassan Mousavi, Hossein Mikhak Beiranvand, Ilya Ben-Rashid, Jamal Pourmand, Mahboubeh Shabani, Mehrdad Mohammadinia, Mohsen Abbaskhani Davanloo, Peyvand Naimi and Shervin Bagherian Jabali**. Amnesty International is carrying out investigations into further reports of death sentences in politically motivated cases.

